

Vertrag

Revisionsplanung und -durchführung

Vertragsnummer: C002814

– nachfolgend: "Vertrag" – zwischen der

gematik GmbH

Rosenthaler Straße 30

D-10178 Berlin

vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Florian Fuhrmann (Vorsitz), Brenya Adjei,
Dr. Florian Hartge

– nachfolgend: "gematik" oder "Auftraggeber" –

und

[Firmierung des Auftragnehmers – wird Ihnen nach Zuschlagserfüllung ausgefüllt zur Verfügung gestellt]

[Straße und Hausnummer]

[PLZ]

vertreten durch **[den/die Geschäftsführer ...]**

– nachfolgend: "Auftragnehmer" –

– Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend jeweils "Partei" –

– sowie zusammengekommen "die Parteien" –

Inhalt

Präambel.....	3
§ 1. Gegenstand des Vertrages	4
§ 2. Pflichten des Auftragnehmers / Ausschluss widerstreitender Interessen.....	5
§ 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers.....	6
§ 4. Arbeitsergebnisse und Nutzungsrechte.....	7
§ 5. Freigaben und Abnahme	8
§ 6. Vergütung	9
§ 7. Anforderungen an die Mitarbeiter des Auftragnehmers.....	10
§ 8. Leistungszeitpunkte und Verzug	11
§ 9. Leistungssicherungen	12
§ 10. Gewährleistung	12
§ 11. Schutzrechte Dritter.....	13
§ 12. Unterauftragnehmer	14
§ 13. Datenschutz und Datensicherheit.....	14
§ 14. Geheimhaltung	14
§ 15. Haftpflichtversicherung.....	15
§ 16. Laufzeit des Vertrages	16
§ 17. Änderung der Leistung nach Vertragsschluss.....	16
§ 18. Kündigung des Vertrages	17
§ 19. Abwerbeverbot.....	18
§ 20. Allgemeine Bestimmungen	19
§ 21. Sonstiges	21
§ 22. Anlagen.....	21

Präambel

Die gematik ist die Nationale Agentur für Digitale Medizin. Sie kontrolliert als Betreibergesellschaft die Telematikinfrastruktur („**TI**“) als sichere und verbindende, sektorenübergreifende und interoperable nationale digitale Plattform der Akteure und Anwendungen. Dabei definiert und überprüft sie die Standards an Sicherheit, Datenschutz und Konzepte. Sie ist verantwortlich dafür, dass das digitale Netz im deutschen Gesundheitswesen funktioniert, und darüber hinaus Ansprechpartner auf internationaler Ebene für europäische Nachbarn, wenn es um grenzüberschreitende Versorgung geht. Ferner bildet die gematik das Kompetenzzentrum und die Koordinierungsstelle für Standardisierung im Gesundheitswesen. Als Forum für Zukunftskonzepte der digitalen Medizin, europäischer Partner und Moderator für nationale Zusammenarbeit will sie die Zukunft der Digitalisierung gemeinsam mit allen Akteuren führend gestalten.

Die Gesellschafter der gematik haben die grundlegende Zusammenarbeit in einem Gesellschaftsvertrag geregelt und darin die Unternehmensorgane, derzeit Gesellschafterversammlung, Verwaltungsausschuss, Beirat und Geschäftsführung sowie deren Zusammenarbeit festgelegt. Im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und im Interesse des Unternehmenswohls wird zwischen den Gesellschaftern der gematik, dem Verwaltungsausschuss, dem Beirat und der Geschäftsführung eng zusammengearbeitet. Grundlagen der Zusammenarbeit sind gegenseitiges Vertrauen, Transparenz-, Offenlegungs- und Vertraulichkeitspflichten sowie die Verpflichtung gegenüber dem Unternehmenszweck. Die Geschäftsführung stellt zudem eine regelmäßige, zeitnahe und umfassende Informationsversorgung der Gesellschafter und des Verwaltungsausschusses zu allen für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, Geschäftsentwicklung, Unternehmens- und Risikolage sowie der Compliance inklusive der Korruptionsprävention sicher.

Die Geschäftsführung hat in enger Abstimmung mit dem Verwaltungsausschuss, den Gesellschaftern sowie auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck den Prozess zur strategischen Ausrichtung des Unternehmens weitergeführt. Diese erfordert im Rahmen der organisatorischen Weiterentwicklungen auch eine fortlaufende Professionalisierung der verschiedenen Managementsysteme.

In diesem Rahmen hat die jährliche Aktualisierung der vorhandenen Revisionsplanung sowie die Durchführung der anschließenden Revision (inkl. Überprüfung vergangener Revisionen, nachfolgend „Follow-Up“ genannt) nach dem jeweiligen Revisionsplan durch einen externen Dienstleister zu erfolgen

Dafür wird dieser Vertrag geschlossen.

§ 1. Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Weiterentwicklung der Systematik für eine risikoorientierte Revisionsplanung, die Sichtung und Aktualisierung der bestehenden Revisionsplanung und die anschließende Durchführung der Revisionen (einschließlich Follow ups und ad hoc-Revisionen) in der gematik durch den Auftragnehmer nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (2) Nähere Einzelheiten zum Vertragsgegenstand und die Beschreibung der vom Auftragnehmer durchzuführenden Leistungen sind der als **Anlage 1** beigefügten funktionalen Leistungsbeschreibung zu entnehmen. Sie enthält die Anforderungen an die benötigten Leistungen.
- (3) Auftraggeber und Auftragnehmer führen zur Aufnahme der Leistungserbringung gemeinsam einen Kick-Off-Termin in den Geschäftsräumen der gematik durch. Die Terminierung des Kick-Off-Termins erfolgt durch den Auftraggeber. Andere wichtige Termine (insbesondere Zwischenberichte) sind auf Anforderung des Auftraggebers ebenfalls vor Ort in seinen Geschäftsräumen zu führen.
- (4) Bei der Leistungserbringung sind folgende Termine vom Auftragnehmer einzuhalten:
 - Termine, die im gemeinsamen Kick-Off-Termin zum Vertragsbeginn in dem dort festzulegenden Zeitplan zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart werden
 - Termine, die aus der abgestimmten Prüfungsplanung zur zeitlichen Durchführung der Revisionen mit dem AG festgelegt werden
 - In der Leistungsbeschreibung in 2.3 Inhalte der Teilwerke fixierte Termine pro Prüfungsjahr (z.B. Jahresberichterstattung)
 - Weitere Termine, die zwischen AG und AN im Rahmen der Revisionsdurchführung abgestimmt werden, insbesondere für Interviewdurchführung, sonstige Vor-Ort Termine, Zwischenberichte und Präsentationen
- (5) Vertragsbestandteile sind zudem die in § 21 dieses Vertrages benannten Anlagen. Ergänzend zu den Regelungen dieses Vertrages gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Einleitung des Vergabeverfahrens jeweils geltenden Fassung.
- (6) Die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung (IDW AAB) sind Vertragsbestandteil und gelten nachrangig zu den Regelungen dieses Vertrages. Regelungen der IDW AAB können den Regelungen dieses Vertrages vorgehen, soweit dies ausdrücklich in diesem Vertrag bestimmt wird.
- (7) Für die Rechtzeitigkeit der Leistungen ist die tatsächliche Übergabe des Vertragsgegenstandes bzw. das tatsächliche Anbieten der Leistung maßgebend.

§ 2. Pflichten des Auftragnehmers / Ausschluss widerstreitender Interessen

- (1) Der Auftragnehmer führt die Leistungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber nach Maßgabe der funktionalen Leistungsbeschreibung und seines Angebotes durch. Der Auftragnehmer hat mit seinem Angebot eine Projektleitung namentlich für die gesamte Vertragslaufzeit benannt, welche als feste*r Ansprechpartner*in für den Auftraggeber fungiert. Die Projektleitung wird im Falle von Urlaub, Krankheit oder ähnlichen kurzfristigen Verhinderungen durch die ebenfalls im Angebot namentlich benannte Stellvertretung vertreten. Ein Wechsel der Projektleitung oder der Stellvertretung während der Vertragslaufzeit ist nicht vorgesehen. Ein solcher Wechsel ist ausnahmsweise nur dann möglich, wenn die ersetzende Person eine vergleichbare Qualifikation aufweist und der Auftraggeber dem Wechsel zustimmt. Der Auftraggeber wird seine Zustimmung nicht unbillig verweigern.
- (2) Die Projektleitung wird dem Auftraggeber in angemessenem Turnus (z.B. in den Prüfungsphasen: mindestens zweiwöchentliche Regeltermine) über den jeweiligen Projektstand und -fortschritt in Form von Zwischenergebnissen berichten, und das weitere Vorgehen mit dem Auftraggeber abstimmen. Bei kritischen Erkenntnissen wird der Auftragnehmer den Auftraggeber über die Projektleitung unverzüglich auch außerhalb der Regeltermine informieren.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistung allein im Interesse des Auftraggebers und unabhängig von anderen, ggf. mit dem Auftrag verknüpften, marktstrategischen (eigenen oder Dritt-) Interessen zu erbringen.
- (4) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit der erforderlichen Sorgfalt nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik erbringen. Dabei wird der Auftragnehmer die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen zur Anwendung bringen. Er wird seine vertraglich geschuldeten Leistungen zudem nach Maßgabe der jeweils für ihn einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und mit der gebotenen Sorgfalt sowie unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit erbringen.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Abstimmungen mit dem Auftraggeber in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 09:00 und 17:00 Uhr (Feiertage ausgenommen) zur Verfügung zu stehen. Abstimmungen finden in dieser Zeit nach vorheriger Terminierung durch die Parteien statt.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unaufgefordert alle für die Leistungserbringung notwendigen Unterlagen und Informationen bei dem Auftraggeber anzufordern, sofern ihm deren Existenz bekannt ist und/oder bekannt sein müsste. Der Auftragnehmer muss die insofern erforderlichen Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers (vgl. § 3 dieses Vertrages) so konkret wie möglich gegenüber dem Auftraggeber in Textform bezeichnen.

- (7) Der Auftragnehmer hat bis zum 31.12. des dem Revisionsjahr vorangehenden Kalenderjahres den Aufwand für die Revisionsplanung gegenüber dem Auftraggeber schriftlich zu benennen. Der benannte Revisionsplanungsaufwand pro Kalenderjahr bildet die Obergrenze für die Summe der Aufwände für die Revisionsplanung in dem betreffenden Jahr.
- (8) Im Rahmen der Revisionsplanung hat der Auftragnehmer den Aufwand für die Revisionsdurchführung des Jahres gegenüber dem Auftraggeber schriftlich zu benennen. Der benannte Revisionsdurchführungsaufwand pro Jahr Kalenderjahr bildet die Obergrenze für die Summe der Aufwände der mit der jeweiligen Revisionsplanung ermittelten Teilwerke bezogen auf das Revisionsjahres.
- (9) Sofern der Auftraggeber Ad-hoc-Revisionen als optionale Leistungen verlangt, hat der Auftragnehmer den hierfür erforderlichen Aufwand schriftlich gegenüber dem Auftraggeber zu benennen. Der schriftlich benannte jeweilige Ad-hoc-Revisionsaufwand Kalenderjahr bildet die Obergrenze für die Summe der Aufwände für die jeweilige Ad-hoc-Revision.
- (10) Die Leistungserbringung hat ausschließlich in deutscher Sprache zu erfolgen. Die Nutzung gängiger englischer Fachbegriffe ist jedoch zulässig.
- (11) Im Falle von Unstimmigkeiten zwischen den Vertragsparteien über vertragliche Ansprüche gemäß diesem Vertrag, beispielsweise im Streitfall über die Fälligkeit eines Rechnungsbetrages, ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, die vertraglichen Leistungen vorübergehend einzuschränken.

§ 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer im Fall des § 2 Abs. 6 dieses Vertrages im Rahmen der eigenen Möglichkeiten die angeforderten und zur Aufgabenerfüllung notwendigen Unterlagen und Informationen zur Verfügung. Das gilt auch für Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden. Er stellt dem Auftragnehmer zudem die notwendigen Infrastrukturen und Zugänge zur Verfügung.
- (2) Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, die Transkription von Besprechungen, Interviews oder sonstigen Audioinhalten zu ermöglichen. Eine Transkription darf nur erfolgen, soweit sämtliche an der jeweiligen Aufzeichnung beteiligten Personen zuvor ausdrücklich und freiwillig in die Aufzeichnung und Transkription eingewilligt haben.

Der Auftraggeber übernimmt keine Gewähr dafür, dass entsprechende Einwilligungen erteilt werden oder aufrechterhalten bleiben. Die Einholung etwaiger Einwilligungen sowie die Prüfung ihrer Wirksamkeit obliegt dem Auftragnehmer. Sofern eine Transkription aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht oder nicht vollständig durchgeführt werden kann, berührt dies die Leistungspflichten des Auftragnehmers

nicht. Etwaige daraus resultierende Mehraufwände oder Einschränkungen gehen nicht zu Lasten des Auftraggebers.

- (3) Sofern der Auftraggeber seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt, und der Auftragnehmer dadurch nicht oder nur teilweise zur Erfüllung seiner Leistungspflichten in der Lage ist, verschieben sich die in § 1 Abs. 4 dieses Vertrages vorgegebenen Termine um den Zeitraum der Verzögerung. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn aus seiner Sicht Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers nicht oder nicht rechtzeitig vorliegen bzw. derartiges für ihn absehbar ist, und trägt dafür die Beweislast.

§ 4. Arbeitsergebnisse und Nutzungsrechte

- (1) Arbeitsergebnisse sind die Resultate, die bei der Durchführung dieses Vertrages entstehen. Es sind insbesondere schriftlich bzw. elektronisch und bildlich fixiertes Knowhow, Methoden, Konzepte, Planungsunterlagen, Berichte, Auswertungen und sonstige Materialien, die der Auftragnehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für den Auftraggeber erstellt, einschließlich zugehöriger Dokumentation sowie alle daran bestehenden Schutzrechte Geistigen Eigentums.
- (2) Know-how bezeichnet in diesem Zusammenhang die Gesamtheit nicht patentierter praktischer Kenntnisse, die durch Erfahrungen und Versuche gewonnen werden und die geheim (d.h. nicht allgemein bekannt und nicht leicht zugänglich), wesentlich (d.h. für den Vertragsgegenstand von Bedeutung und nützlich) und identifiziert (d.h. umfassend genug beschrieben) sind, so dass geprüft werden kann, ob sie die Merkmale „geheim“ und „wesentlich“ erfüllen.
- (3) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den Arbeitsergebnissen, insbesondere an Berichten und Revisionsplänen, auch für alle zukünftigen Nutzungsarten, sowie für alle seine Arbeitsergebnisse sämtliche, insbesondere zur Erfüllung des Vertragszwecks erforderlichen, Nutzungsrechte (außer für durch den Auftraggeber ggf. separat käuflich zu erwerbende Stock-Bildrechte) – wie folgt ein:
- zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt
 - unwiderruflich und unkündbar
 - ausschließlich (vom § 31 Abs. 3 S. 2 UrhG wird Gebrauch gemacht; dem Auftragnehmer wird insofern ein einfaches Nutzungsrecht eingeräumt)
 - übertragbar

Das beinhaltet auch die Pflicht des Auftragnehmers sicherzustellen, dass sämtliche Rechteeinräumungen seitens beteiligter Dritter im selben Umfang wie oben genannt erfolgen. Zwischen den Parteien besteht Einigkeit darüber, dass etwaig vorbestehende Produkte des Auftragnehmers, die von ihm in die Arbeitsergebnisse eingebracht werden, nicht von den vorstehend benannten Nutzungsrechten umfasst sind, sofern dadurch die vertrags- und bestimmungsgemäße Nutzung der Arbeitsergebnisse durch den Auftraggeber nicht eingeschränkt wird.

- (4) Die beschränkt auf die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages erforderlichen Nutzungsrechte des Auftragnehmers bleiben unberührt bzw. werden seitens des Auftraggebers eingeräumt.
- (5) Die Übertragung der Nutzungsrechte i.S.v. Abs. (3) umfasst insbesondere auch die Weitergabe der Arbeitsergebnisse an Dritte ausschließlich zu weiteren Prüfungs- und Bewertungszwecken. Der Auftraggeber ist berechtigt, Arbeitsergebnisse auch den Gremien der gematik GmbH und über die Gesellschafterversammlung auch deren Eigentümern ohne die in Satz 1 genannte Zweckbindung zugänglich zu machen.
- (6) Ist eine Weitergabe an weitere Dritte außerhalb der in Absatz 5 genannten Fälle oder eine Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse geplant, so kann dies nur erfolgen, wenn der Auftragnehmer dem zuvor in Textform zugestimmt hat oder wenn sich der Auftraggeber die Arbeitsergebnisse zu eigen macht und mithin für Dritte nicht ersichtlich wird, dass sie vom Auftragnehmer oder unter dessen Mitwirkung entstanden sind.
- (7) Sofern der Auftragnehmer Arbeitsergebnisse auch ohne Angabe seiner Firmierung zur Verfügung stellt, werden auf ausdrücklichen, schriftlichen Wunsch des Auftragnehmers nur diese Arbeitsergebnisse an Dritte weitergegeben.
- (8) Sofern auf das jeweilige Arbeitsergebnis des Auftragnehmers anwendbar, gelten folgende Formatvorgaben:
 - pixelgenaue Endformatdateien (JPEG, PNG, SVG, EPS, bei Piktogrammen zusätzlich WAV)
 - bei Printprodukten als Web- und Druckdateien (Web-PDF und Print-PDF) und offene Original-Dateien (PSD oder Ai-Dateien)
 - bei Bewegtbild-Kommunikation mov und mp4

§ 5. Freigaben und Abnahme

- (1) Der Auftragnehmer hat die in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Leistungen zum jeweils vereinbarten Termin (vgl. § 1 Abs. 4 dieses Vertrages) dem Auftraggeber zur Prüfung bereitzustellen. Der Auftraggeber wird jeweils die Abnahme erteilen, sofern die Leistungen des Auftragnehmers jeweils den Anforderungen der entsprechen.
- (2) Die Abnahme der Leistungen erfolgen durch eine entsprechende Abnahmeerklärung, die jeweils mindestens mittels fortgeschrittener elektronischer Signatur gezeichnet wird, und erst dann, wenn der Auftraggeber festgestellt hat, dass die gemäß Leistungsbeschreibung vereinbarten Leistungen vollständig und vertragsgemäß erbracht, und die jeweilige Leistung ohne wesentliche Mängel ist, vgl. Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (3) Soweit nichts anderes vereinbart ist, steht dem Auftraggeber das Recht zu, die Leistungen innerhalb von 10 (zehn) Arbeitstagen nach der Bereitstellung zur jeweiligen Abnahme auf Mängelfreiheit zu prüfen, etwaige Mängel zu rügen und ggf. eine Nachbesserung der Leistungen zu fordern. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber bei

der Durchführung jeder Mängelfreiheitsprüfung in angemessenem Umfang unterstützen. Im Falle einer Mängelrüge durch den Auftraggeber gilt die Leistung bis zur Behebung des Mangels als nicht abgenommen, auch wenn eine Zahlung einer Vergütung durch den Auftraggeber erfolgt.

- (4) Verweigert der Auftraggeber die jeweilige Abnahme, so hat er dem Auftragnehmer die Gründe hierfür in Textform mitzuteilen und – soweit möglich – die für eine Abnahme notwendigen Nachbesserungen zu nennen. Weitere Mängelrechte bleiben hiervon unberührt.
- (5) Nachbesserungen müssen innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist ab Mitteilung über die Verweigerung der Abnahme erfolgen. Im Anschluss daran wird der Auftraggeber das Abnahmeverfahren wiederholen. Kann die Abnahme auch nach einem zweiten Nachbesserungsversuch nicht erteilt werden, hat die gematik nach Wahl das Recht, entweder den Mangel selbst zu beseitigen und den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen oder aber den Rücktritt zu erklären und Schadensersatz zu verlangen. Weitere gesetzliche Rechte bleiben unberührt.
- (6) Eine konkludente Abnahme allein durch die Benutzung der Leistungen durch den Auftraggeber oder andere beauftragte Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Schweigen gilt ebenfalls nicht als Abnahme. Die Leistung gilt jedoch als abgenommen, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine angemessene Frist zur jeweiligen Abnahme gesetzt hat und der Auftraggeber die jeweilige Abnahme nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert hat.
- (7) Kann der Auftragnehmer die vertraglichen Leistungen zum jeweils vereinbarten Termin nicht abnahmefähig übergeben, kommt er in Verzug, soweit er die Verzögerung zu vertreten hat. Im Falle des Verzugs gilt § 8 dieses Vertrages.

§ 6. Vergütung

- (1) Die gematik vergütet den Auftragnehmer für sämtliche von ihm unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen, einschließlich der aufgrund dieses Vertrages eingeräumten Nutzungsrechte. Die Vergütung erfolgt aufwandsbezogen auf Basis tatsächlich erbrachter Leistungen in Personentagen (PT) gemäß dem Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 2**). Ein Personentag entspricht dabei einer Arbeitsleistung von 8 Stunden. Angefangene Tage werden anteilig in Rechnung gestellt.
- (2) Nicht vergütet werden insbesondere interne Abstimmungen des Auftragnehmers, Einarbeitungszeiten neuer Mitarbeitender, Zeiten ohne unmittelbaren Projektbezug.
- (3) Der Auftragnehmer weist den Aufwand durch prüffähige Tätigkeitsnachweise (Timesheets) nach. Diese müssen mindestens folgende Angaben enthalten:
 - Datum und Mitarbeitender (Qualifikationsstufe)
 - Art der Tätigkeit

- Zeitaufwand in Stunden

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Nachweise zu prüfen und bei Unklarheiten Nachweise oder Erläuterungen zu verlangen.

- (4) Die jeweilige Vergütung wird nach Abnahme der in der Leistungsbeschreibung genannten Teilwerke fällig.
- (5) Der AN ist verpflichtet, die jeweils im Rahmen der Revisionsplanung/-durchführung oder Ad-hoc-Revisionen benannte Aufwandsschätzung der Personentage (PT) für die Teilwerke nicht zu überschreiten. Stellt der Auftragnehmer während der Leistungserbringung fest, dass das von ihm in der Aufwandsschätzung vorgegebene Budget aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, nicht ausreicht, hat er das dem AG rechtzeitig unter Angabe der Gründe für den vermeintlichen Mehraufwand mitzuteilen. Der Auftraggeber prüft den jeweils angezeigten Mehraufwand und kann diesen – sofern rechtlich zulässig – freigeben oder mit entsprechender Begründung ablehnen. Im Umgang mit den jeweiligen Teilwerken und etwaigen Mehraufwänden ist von den Parteien ggf. eine Anpassung des Scopes abzuwägen.
- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer wirtschaftlichen Leistungserbringung. Der Einsatz der Qualifikationsstufen hat dem Grundsatz zu folgen, dass möglichst kostengünstige Stufen eingesetzt werden, soweit dies fachlich vertretbar ist.
- (7) Sämtliche Nebenkosten (bspw. Reisezeiten/ -kosten, Übernachtungskosten, etc.) werden nicht gesondert vergütet und sind mit dem angebotenen Festpreis gem. Anlage 2 abgegolten. Weitere Kosten, außer die genannten Festpreise, können nicht in Rechnung gestellt werden. Etwaige übergeordnete Projektkosten, wie bspw. Managementkosten, sind in den Festpreisen eingepreist und mit ihnen ebenfalls abgegolten.
- (8) Die gematik akzeptiert Rechnungen nur noch in elektronischer Form im Sinne der E-Rechnungs-Verordnung (E-Rech-VO). Die Einzelheiten zur Rechnungsstellung ergeben sich aus **Anlage 4**. Sofern der Auftraggeber gegen Grund und Höhe einer Rechnung keine Einwände erhebt, ist die Rechnung binnen 30 Kalendertagen nach Zugang bei dem Auftraggeber auf ein vom Auftragnehmer zu benennendes Konto in der EU fällig.

§ 7. Anforderungen an die Mitarbeiter des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, aus geeigneten und entsprechend qualifizierten Mitarbeitern eine geeignete Projektorganisation aufzubauen und diese für die Dauer der Leistungserbringung nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Hierzu hat der Auftragnehmer bereits mit seinem Angebot die Projektleitung als festen Ansprechpartner des Auftraggebers und deren Stellvertretung namentlich benannt. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich über die Notwendigkeit eines Austauschs der benannten Ansprechpartner informieren und unaufgefordert den Nachweis über mindestens dieselbe Eignung der neuen Ansprechpartner erbringen.

- (2) Die Erreichbarkeit dieser Ansprechpartner für Zeitraum der Leistungserbringung ist durch den Auftragnehmer zu gewährleisten (vgl. § 2 Abs. 5 dieses Vertrages).
- (3) Die vom Auftragnehmer zur Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeiter sind seine Erfüllungsgehilfen. Eine Eingliederung dieser Mitarbeiter in das Betriebsgefüge des Auftraggebers findet nicht statt. Das bedeutet auch, dass ausschließlich der Auftragnehmer die zur Vertragserfüllung vorgesehenen Mitarbeiter selbst auswählt, ihnen alle nötigen Weisungen erteilt und ihre Tätigkeiten überwacht.
- (4) Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung der Leistung eingesetzten Mitarbeiter müssen jeweils die zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Sofern ein zur Vertragserfüllung eingesetzter Mitarbeiter des Auftragnehmers, aus welchen Gründen auch immer, durch einen anderen ersetzt werden muss, muss dieser Mitarbeiter über mindestens dieselbe Eignung verfügen, wie der ursprüngliche Mitarbeiter. Die Einarbeitung des neuen Mitarbeiters geht zu Lasten des Auftragnehmers. Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer mit schriftlicher Begründung den unverzüglichen Austausch eines Mitarbeiters des Auftragnehmers zu verlangen, wenn dieser wiederholt gegen vertragliche Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag verstoßen hat. Die durch den Wechsel entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.
- (5) Eine Arbeitnehmerüberlassung des Auftragnehmers und/oder Dritter an den Auftraggeber bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

§ 8. Leistungszeitpunkte und Verzug

- (1) Die für die Leistungserbringung relevanten Termine sind in § 1 Abs. 4 dieses Vertrages geregelt. Soweit nicht anders vereinbart, sind diese Leistungszeitpunkte verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Fristen angemessen. Die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.
- (2) Der Auftraggeber hat das Recht, unter Darlegung seiner Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des jeweiligen Leistungszeitpunktes den Auftragnehmer aufzufordern, die Einhaltung des jeweiligen Leistungszeitpunktes mit Blick auf die Bedenken zu erläutern und zu konkretisieren.
- (3) Wenn der Auftragnehmer einen vereinbarten Leistungszeitpunkt nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, er hat die Verzögerung nicht zu vertreten. Im Falle des Verzuges kann der Auftraggeber die gesetzlich geregelten Ansprüche (insb. Ersatz des Verzögerungsschadens, Rücktritt vom Vertrag, Schadensersatz statt der Leistung etc.) geltend machen.
- (4) Ansprüche des Auftraggebers auf eine Vertragsstrafe werden mit dem fälligen Vergütungsanspruch des Auftragnehmers verrechnet. Sie sind vom Auftragnehmer in der

Rechnung nach Anspruchsentstehung entsprechend zum Abzug zu bringen. Wird innerhalb von 3 (drei) Monaten nach Entstehen des Anspruchs auf eine Vertragsstrafe kein Anspruch des Auftragnehmers auf Zahlung von Vergütung fällig, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Auszahlung der Vertragsstrafe zu verlangen.

§ 9. Leistungssicherungen

- (1) Der Auftragnehmer haftet im Falle von Arglist, Vorsatz und grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Für leichte Fahrlässigkeit haftet er bis zur Höhe des 2-fachen des Auftragswertes. Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre. Die Beschränkung gilt nicht, wenn und soweit die Datensicherung Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.
- (2) Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- (3) Die vorstehenden Regelungen gelten auch zugunsten der Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.
- (4) Im Übrigen gilt die Haftungsbeschränkung aus Ziffer 9. der IDW AAB.
- (5) Erfüllt der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß, so kann der Auftraggeber unbeschadet sonstiger gesetzlicher und vertraglicher Ansprüche einmalig schriftlich eine angemessene Frist zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen setzen. Kommt der Auftragnehmer seinen Leistungspflichten nicht innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nach, ist der Auftraggeber berechtigt, den Auftrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- (6) Das gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. In einem solchen Fall hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

§ 10. Gewährleistung

- (1) Sämtliche Leistungen sind während der Vertragslaufzeit des Vertrages vom Auftragnehmer sach- und fachgerecht sowie vertragsgemäß zu erbringen.
- (2) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt grundsätzlich 24 (vierundzwanzig) Monate ab der Erklärung der Abnahme. Abweichend davon verjähren etwaige Ansprüche in der regelmäßigen Verjährungszeit, wenn der Auftragnehmer

Mängel arglistig verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesen Fällen jedoch nicht vor Ablauf der Frist gem. Satz 1.

- (3) Der Auftraggeber hat im Falle eines Mangels einen Anspruch auf die gesetzlich vorgesehenen werkvertraglichen Gewährleistungsrechte (insb. Nacherfüllung, Recht zur Selbstvornahme, Rücktritt, Minderung, Schadensersatz statt der Leistung, Ersatz vergeblicher Aufwendungen). Bei unerheblichen Fehlern oder Abweichungen ist ein Rücktritt vom Vertrag jedoch ausgeschlossen.

§ 11. Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Schutzrechten Dritter (d.h. insbesondere: Patente, Urheberrechte, Marken, Geschäftsgeheimnisse und/oder vergleichbare Rechte) sind, die die vertragsgemäße Nutzung des jeweiligen Leistungsgegenstands ausschließen oder einschränken könnten. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch geltend gemachte Schutzrechtsverletzungen beeinträchtigt oder untersagt, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach seiner Wahl
- a) den jeweiligen Leistungsgegenstand in einer Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass seine vertragsgemäße Nutzung keine Schutzrechte Dritter verletzt, der Leistungsgegenstand aber gleichwohl der Leistungsbeschreibung entspricht, oder
 - b) auf eigene Kosten und auf eigene Rechnung die entsprechenden Rechte zu erwerben und dem Auftraggeber kostenlos einzuräumen, damit der Auftraggeber die Leistung des Auftragnehmers uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber vertragsgemäß nutzen kann.
- (2) Sofern dem Auftragnehmer die Nacherfüllung gem. Abs. 1 unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich ist, kann er die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurücknehmen. Dabei hat er dem Auftraggeber eine angemessene Auslauffrist zu gewähren, sofern das nicht nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich ist. Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers, bspw. auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz, bleiben unberührt.
- (3) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die auf eine behauptete Schutzrechtsverletzung gestützt sind. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, in Abstimmung mit dem Auftraggeber und auf eigene Kosten zu führen. Soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen, erstattet der Auftragnehmer ihm die notwendigen Verteidigungskosten und sonstige in diesem

Zusammenhang entstehende Schäden. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.

- (4) Die Parteien sind einander verpflichtet, sich umgehend zu benachrichtigen, wenn gegen sie Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die vertragsgemäße Nutzung des Leistungsgegenstands geltend gemacht werden, sofern ihnen das nicht aufgrund entgegenstehender gesetzlicher Vorgaben untersagt ist.
- (5) Hat der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

§ 12. Unterauftragnehmer

- (1) Eine Beauftragung Dritter als Unterauftragnehmer ist grundsätzlich ausgeschlossen.

§ 13. Datenschutz und Datensicherheit

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er selbst, seine Mitarbeiter und etwaige vom Auftraggeber zugelassene Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung alle anwendbaren Datenschutzgesetze beachten. Im Einzelfall stimmt sich der Auftragnehmer hierzu mit einem vom Auftraggeber auf Anfrage benannten Ansprechpartner ab. Sofern erforderlich, schließen die Parteien gesonderte Vereinbarungen zur Auftragsdatenverarbeitung.
- (2) Der Auftragnehmer wird angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zur Sicherung der Vollständigkeit und Integrität aller Daten des Auftraggebers ergreifen, mit denen der Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Projekts in Berührung kommt. Das gilt insbesondere
 - a) für Daten, die (etwa Beispieldaten) in das IT-System des Auftragnehmers gelangen und umfasst unter anderem die Einrichtung und Erhaltung dem aktuellen technischen Stand entsprechender Firewalls und Virenschutzprogramme, und
 - b) für alle Daten, die im Rahmen der Leistungserbringung migriert werden.
- (3) Der Auftraggeber kann ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten nach Abs. 1 und 2 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder für ihn einschlägige Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt.

§ 14. Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer wird sämtliche im Zusammenhang mit diesem Vertrag zugänglich werdenden Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers offensichtlich

erkennbar sind, während der Vertragslaufzeit sowie 7 (sieben) Jahre nach Vertragsbeendigung geheim halten und sie – soweit nicht zur Erreichung des Vertragszwecks geboten – weder aufzeichnen noch weitergeben oder verwerten. Er wird durch geeignete vertragliche Abreden mit den für den Auftragnehmer tätigen Arbeitnehmern und sonstigen Dritten sicherstellen, dass auch diese für den benannten Zeitraum jede eigene Verwertung oder unbefugte Aufzeichnung solcher vertraulichen Informationen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse unterlassen.

- (2) Vertrauliche Informationen sind alle personenbezogenen Daten sowie alle dem Auftragnehmer bekannt gewordenen Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers in technischer, kaufmännischer oder sonstiger Hinsicht, Gremienunterlagen oder sonstige Umstände und Tatsachen, die als vertraulich bezeichnet werden oder an deren Vertraulichkeit der Auftraggeber ersichtlich ein Interesse hat. Von den Verpflichtungen zur Geheimhaltung gem. Abs. 1 ausgenommen sind Informationen, die
- a) die empfangende Partei ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit bereits besitzt,
 - b) von der empfangenden Partei nachweislich unabhängig von der anderen Partei selbst entwickelt wurden,
 - c) der empfangenden Partei ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit nachweislich von Dritten übermittelt wurden,
 - d) nachweislich von Dritten öffentlich zugänglich gemacht werden oder
 - e) hinsichtlich derer die empfangende Partei aufgrund zwingender rechtlicher Vorschriften oder gerichtlicher bzw. behördlicher Anordnungen einer Offenlegungspflicht unterliegen.
- (3) Sofern der Auftragnehmer vertrauliche Informationen im Rahmen der in e) genannten Ausnahme offenlegen muss, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich mindestens in Textform über das Erfordernis der Offenlegung sowie die daraufhin beabsichtigten Maßnahmen vor deren Durchführung zu informieren, sofern ihm das nicht aufgrund zwingender gesetzlicher Vorgaben untersagt ist. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die vertraulichen Informationen nur in dem Ausmaß offengelegt werden, wie es nach juristischer Beratung nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften unumgänglich ist. Derart offengelegte Informationen müssen als „vertraulich“ gekennzeichnet sein.

§ 15. Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine verkehrsübliche (Betriebs-)Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen in marktüblicher und für den Auftrag ausreichender Höhe vorzuhalten.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diesen Versicherungsschutz während der gesamten Laufzeit des Vertrages auf eigene Kosten aufrechtzuerhalten und das dem Auftraggeber jederzeit auf dessen Verlangen durch Vorlage entsprechender Versicherungsbestätigungen nachzuweisen.

§ 16. Laufzeit des Vertrages

- (1) Dieser Vertrag beginnt zum 01.10.2026 und endet zum 28.02.2029, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.
- (2) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Vorschriften dieses Vertrages über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Vorschriften auch nach Ende der Vertragslaufzeit wirksam. Das gilt insbesondere für die Rechte und Pflichten aus § 4 (Arbeitsergebnisse und Nutzungsrechte), § 9 (Leistungssicherungen), § 10 (Gewährleistung) und § 14 (Geheimhaltung) dieses Vertrages.

§ 17. Änderung der Leistung nach Vertragsschluss

- (1) Der Auftraggeber kann nach Vertragsschluss jederzeit Änderungen der Leistung im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers verlangen, es sei denn, das ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, derartiges Änderungsverlangen zu begründen. Das Änderungsverfahren („**Change Request**“ oder „**CR**“) ist auf einem Formular gem. **Anlage 5** zu dokumentieren, soweit nicht anders vereinbart.
- (2) Der Auftragnehmer hat das Änderungsverlangen des Auftraggebers zu prüfen und wird ihm in angemessener Frist, insbesondere unter Berücksichtigung von Art und Umfang des Änderungsverlangens, mitteilen, ob es zumutbar ist und falls nicht, warum es unzumutbar ist.
- (3) Sofern das zumutbare Änderungsverlangen keinen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine dieses Vertrages hat, ist der Auftragnehmer zur unverzüglichen Umsetzung des Änderungsverlangens verpflichtet und hat den Beginn der Umsetzung dem Auftraggeber in Textform mitzuteilen.
- (4) Sofern das zumutbare Änderungsverlangen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine dieses Vertrages hat, unterbreitet der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein Realisierungsangebot unter Angabe von Terminen und den Auswirkungen auf die vereinbarte Vergütung dieses Vertrages. Der Auftraggeber entscheidet nach freiem Ermessen in angemessener Zeit über die Annahme oder Ablehnung des Realisierungsangebots.
- (5) Kommt eine Vereinbarung über die Änderung der Leistung zustande, ist der Vertrag, insbesondere die Leistungsbeschreibung, entsprechend anzupassen. Die Leistungsänderung wird in diesem Fall zudem mit der schriftlichen Einigung der Parteien auf deren Inhalt Bestandteil dieses Vertrages. Kommt keine Vereinbarung zustande, haben beide

Parteien ihre Verpflichtungen gemäß diesem Vertrag unverändert zu erfüllen, ohne dass eine Anpassung der Vergütung stattfindet.

- (6) Ist das Änderungsverlangen dem Auftragnehmer zumutbar und kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung der Vergütung einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. Die Vergütung wird in diesem Fall angemessen erhöht. Kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung der vereinbarten Termine einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. In diesem Fall verschieben sich die von der Änderung betroffenen Termine angemessen.
- (7) Der Auftragnehmer ist jederzeit dazu berechtigt, Änderungen des Leistungsumfangs oder -inhalts vorzuschlagen, wenn er während der Vertragserfüllung erkennt, dass bestimmte Vorgaben des Auftraggebers nicht umsetzbar sind, dass die in dem Vertrag oder der Leistungsbeschreibung beschriebenen Ziele durch den vereinbarten Leistungsumfang nicht erreicht werden oder dass Änderungen an dem Leistungsumfang aus sonstigen Gründen erforderlich sind. Der Auftraggeber wird jeden Änderungsvorschlag des Auftragnehmers prüfen und ist allein berechtigt, die jeweilige Leistungsänderung zu beauftragen.
- (8) Für Leistungen, welche der Auftragnehmer ohne ausdrückliche Beauftragung durch den Auftraggeber abweichend von diesem Vertrag erbringt, steht dem Auftragnehmer weder eine Vergütung, noch Aufwandsersatz oder eine Kostenerstattung zu.

§ 18. Kündigung des Vertrages

- (1) Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist ordentlich kündigen.
- (2) Beide Parteien können den Vertrag ferner jeweils aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt insbesondere vor, wenn
 - a) der Auftragnehmer gegen die Pflicht zur Durchführung des Auftrages unter Ausschluss widerstreitender Interessen gem. § 2 Abs. 2 dieses Vertrages verstößt, und das ein Festhalten am Vertrag unter Abwägung der beiderseitigen Interessen nicht erlaubt,
 - b) der Auftragnehmer gegen die Pflicht zur Geheimhaltung verstößt,
 - c) der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Fristsetzung seine wesentlichen Pflichten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen nicht erfüllt,
 - d) wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,

oder Sicherungsmaßnahmen nach der Insolvenzordnung angeordnet werden,

- e) während der Vertragsdauer Umstände bekannt werden, die berechtigte Zweifel an der Fachkunde, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Auftragnehmers begründen und diese Zweifel vom Auftragnehmer nicht in angemessener Frist widerlegt werden,
- f) der Auftragnehmer das von ihm für die Leistungserbringung benannte Personal nicht bzw. Personal mit einer geringeren Qualifikation als vorgesehen einsetzt, und das die Leistungserbringung beeinträchtigt oder eine derartige Beeinträchtigung droht. Gleiches gilt, wenn das für die Leistungserbringung benannte Personal nicht mehr zur Verfügung steht (bspw. infolge von Kündigungen) oder für einen Zeitraum von 4 (vier) Wochen und mehr absehbar nicht zur Verfügung stehen wird (bspw. bei feststehender krankheitsbedingter Abwesenheit) und der Auftragnehmer jeweils keinen adäquaten Ersatz bereitstellen kann. Der Auftragnehmer trägt dahingehend die Beweislast, dass er über Ersatz verfügt und dieser Ersatz mindestens eine vergleichbare Qualifikation vorweist.

Im Übrigen findet § 314 BGB entsprechende Anwendung.

- (3) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- (4) Übt der Auftraggeber das ordentliche Kündigungsrecht hinsichtlich des Vertrages aus, ist er verpflichtet, nachweislich erbrachte Leistungen und nachgewiesene Aufwendungen zu vergüten.
- (5) Mit Beendigung des Vertrages, gleich aus welchem Grund, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche bis dahin erstellten Arbeitsergebnisse zu übergeben und dem Auftraggeber schriftlich die Einräumung der geschuldeten Nutzungsrechte an diesen Ergebnissen zu bestätigen. Er ist zudem verpflichtet, die vom Auftraggeber empfangenen Informationen, soweit diese in schriftlicher oder sonst verkörperter Form vorliegen, unverzüglich zurückzugeben, ansonsten zu vernichten oder zu löschen. Der Auftragnehmer hat die Vernichtung und Löschung schriftlich zu bestätigen. Die Zurückbehaltung von Kopien ist unzulässig, sofern der Auftragnehmer nicht gesetzlich zur Aufbewahrung verpflichtet ist oder es sich um routinemäßig angefertigte Sicherungskopien des elektronischen Datenverkehrs und Datenbestandes handelt, die ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden. Ein Zurückbehaltungsrecht für die vorstehend benannten Pflichten ist ausgeschlossen.

§ 19. Abwerbeverbot

- (1) Dem Auftragnehmer ist es verboten, während sowie 12 Monate nach Beendigung dieses Vertrags Mitarbeitende des Auftraggebers direkt oder indirekt abzuwerben. Als Abwerbung gilt jede ernsthafte Einwirkung auf Mitarbeitende, die mit dem eindeutigen Ziel erfolgt, diese zum Arbeitgeberwechsel zu veranlassen.

- (2) Für jeden Fall einer schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung in Abs. 1, die dazu führt, dass Mitarbeitende das Unternehmen des Auftraggebers verlassen, zahlt der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von zwei Bruttojahresgehältern (einschließlich Prämien, Tantiemen) des betreffenden Mitarbeitenden, der unter Verstoß gegen die Verpflichtung gem. Abs. 1 vom Auftragnehmer abgeworben wird, wobei zur Berechnung der Vertragsstrafe das Bruttojahresgehalt des betreffenden Mitarbeitenden maßgeblich ist, das er im Jahr vor Verwirkung der Vertragsstrafe bezogen hat. Der Auftraggeber hat zusätzlich das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages mit dem Auftragnehmer aus wichtigem Grund; das gilt auch für den Fall einer schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung in Abs. 1, die erfolglos bleibt (Abwerbeversuch).
- (3) Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die direkte oder indirekte Abwerbung des Mitarbeitenden nicht ursächlich für den Umstand war, dass der Mitarbeitende das Unternehmen des Auftraggebers verlassen hat.
- (4) Über die Vertragsstrafe hinausgehende Schadensersatzansprüche bleiben hiervon unberührt. Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe werden auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen des Verstoßes gegen das Abwerbeverbot angerechnet.
- (5) Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe werden mit jeweils fälligen Vergütungsansprüchen des Auftragnehmers verrechnet. Sie sind vom Auftragnehmer in der von ihm jeweils nächsten Rechnung nach Anspruchsentstehung entsprechend zum Abzug zu bringen. Wird innerhalb von 3 (drei) Monaten nach Entstehen des Anspruchs auf Vertragsstrafe kein Anspruch des Auftragnehmers auf Zahlung von Vergütung fällig oder erreichen Ansprüche des Auftragnehmers auf Zahlung von Vergütung nicht die Höhe der Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Auszahlung der Vertragsstrafe zu verlangen.

§ 20 Einsatz von KI-Tools

- (1) Der Auftragnehmer wird KI-Tools nur im Einklang mit den berufsrechtlichen Anforderungen der Wirtschaftsprüferordnung (WPO), der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer sowie den einschlägigen Verlautbarungen der WPK und des IDW einsetzen.
- (2) Unabhängig davon stellt der Auftragnehmer sicher, dass
 - a) der Einsatz von KI-Tools dokumentiert und dem Auftraggeber auf Verlangen offengelegt wird,
 - b) sämtliche KI-generierten Inhalte vor Übergabe einer qualifizierten menschlichen Prüfung unterzogen werden,
 - c) keine vertraulichen oder personenbezogenen Daten des Auftraggebers unzulässig verarbeitet werden, und

- d) dem Auftraggeber keine Rechte an den Arbeitsergebnissen fehlen oder eingeschränkt werden.
- (3) Weitergehende vertragliche Prüf-, Mitwirkungs- und Haftungspflichten bleiben unberührt.
- (4) Unabhängig davon stellt der Auftragnehmer sicher, dass
 - a) der Einsatz von KI-Tools dokumentiert und dem Auftraggeber auf Verlangen offengelegt wird,
 - b) sämtliche KI-generierten Inhalte vor Übergabe einer qualifizierten menschlichen Prüfung unterzogen werden,
 - c) keine vertraulichen oder personenbezogenen Daten des Auftraggebers unzulässig verarbeitet werden, und
 - d) dem Auftraggeber keine Rechte an den Arbeitsergebnissen fehlen oder eingeschränkt werden.
- (5) Weitergehende vertragliche Prüf-, Mitwirkungs- und Haftungspflichten bleiben unberührt.
- (6) Der Einsatz von Technologien zur Transkription von Besprechungen, Interviews oder sonstigen Audioinhalten ist nur zulässig, sofern
 - a) keine vertraulichen oder personenbezogenen Daten des Auftraggebers unzulässig an Dritte übermittelt werden,
 - b) eingesetzte Tools keine Nutzung der Daten zu Trainingszwecken oder eigene Zwecke vorsehen,
 - c) Audioaufnahmen und Transkripte nur so lange gespeichert werden, wie dies für den jeweiligen Auftrag erforderlich ist,
 - d) die Transkripte vor Verwendung einer fachlichen und inhaltlichen Überprüfung durch qualifiziertes Personal unterzogen werden.

Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber auf Verlangen den Einsatz von Transkriptionstechnologien sowie die hierfür eingesetzten Tools offenlegen.

§ 21. Allgemeine Bestimmungen

- (1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Vertragssprache ist deutsch.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Berlin. Davon unberührt wird die zur Erfüllung der unter diesem Vertrag genannten Aufgaben erforderliche persönliche Anwesenheit von

Mitarbeitern des Auftragnehmers am Sitz des Auftraggebers (z.B. während Interviews in aktiven Prüfungsphasen) fortlaufend einvernehmlich durch die Parteien festgelegt.

§ 22. Sonstiges

- (1) Zur Ausübung von Zurückbehaltungsrechten sowie zur Aufrechnung ist der Auftragnehmer nur aufgrund bzw. mit Gegenforderungen berechtigt, die entweder rechtskräftig festgestellt oder von dem Auftraggeber als unstreitig anerkannt sind.
- (2) Dieser Vertrag stellt die abschließende Vereinbarung der Parteien über den Vertragsgegenstand dar. Etwaige abweichende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung mit Ausnahme der IAW AAB.
- (3) Änderungen, Ergänzungen oder Konkretisierungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform und der Unterzeichnung von bevollmächtigten Vertretern beider Parteien. § 127 Abs. 2 BGB findet keine Anwendung. Mündliche Nebenabreden wurden von den Parteien nicht getroffen.
- (4) Soweit nicht ausdrücklich anderweitig bestimmt, ist eine Übertragung oder Abtretung des Vertrages oder von Rechten und/oder Pflichten aus dem Vertrag nur mit Zustimmung der jeweils anderen Partei zulässig. Einer Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Abtretung oder Übertragung des Vertrages als Ganzes an
 - a) ein verbundenes Unternehmen der abtretenden oder übertragenden Partei erfolgt, oder
 - b) ein Unternehmen erfolgt, das alle wesentlichen Vermögenswerte der abtretenden oder übertragenden Partei übernimmt. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, bei Vertragsverletzungen zunächst das eintretende Unternehmen in Anspruch zu nehmen.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam, undurchführbar oder undurchsetzbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag eine Lücke aufweisen, so werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien sind verpflichtet, anstelle der betreffenden Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke diejenige wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt. Die Parteien haben sich so zu verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht und alles unternommen wird, was erforderlich ist, um die Teilnichtigkeit unverzüglich zu beheben bzw. die Lücke zu füllen.
- (6) Der Auftragnehmer ist ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht berechtigt, diesen als Referenzkunden zu benennen.

§ 23 Anlagen

- (1) Folgende Anlagen werden beigelegt und gelten als Vertragsbestandteile:

- **Anlage 1** Leistungsbeschreibung
- **Anlage 2** Angebotsformular mit Preisblatt
- **Anlage 3** Leistungserbringungskonzept
- **Anlage 4** Informationen zur elektronischen Rechnungsstellung
- **Anlage 5** CR-Template
- **Anlagenkonvolut** Vergabeunterlagen

(2) Im Falle von Widersprüchen im Vertragswerk gelten die Bestandteile des Vertragswerks in folgender Reihenfolge:

1. dieser Vertrag;
2. Leistungsbeschreibung;
3. Angebot des Auftragnehmers;
4. Bekanntmachung und Vergabeunterlagen
5. VOL/B
6. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (IAW AAB), Stand 2026

ENTWURF